

Günter
Frankenberg,
Wilhelm
Heitmeyer (Hg.)
*Treiber des
Autoritären*
Pfade von
Entwicklungen
zu Beginn des
21. Jahrhunderts

Treiber des Autoritären

Günter Frankenberg ist Seniorprofessor der Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt am Main. *Wilhelm Heitmeyer* ist Professor für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld.

Günter Frankenberg, Wilhelm Heitmeyer (Hg.)

Treiber des Autoritären

Pfade von Entwicklungen zu Beginn des
21. Jahrhunderts

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51607-3 Print

ISBN 978-3-593-45116-9 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-45117-6 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2022. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	9
---------------	---

I. Zur Theorie und Empirie des Autoritären

Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krisen	15
Günter Frankenberg & Wilhelm Heitmeyer	

II. Gefährdungen von Demokratien und autoritäre Systemkonkurrenzen

Autoritäre Herrschaftsformen im 21. Jahrhundert	89
Michael Zürn	

Autokratisierung als globaler Prozess? Autoritarismus und Demokratie im internationalen Kontext	117
Lars Rensmann	

Selbstbehauptung ohne Selbstbestimmung. Neue ideologische Attraktivität des Autoritären aus alten Konzepten	159
Klaus Günther	

Die autoritäre Richtung des radikalisierten Konservatismus	197
Natascha Strobl	

III. Kapitalistische Ökonomien und gesellschaftliche Krisen

Kontrollverluste, Autoritarismus und Exterminismus in der Großen Transformation	215
Klaus Dörre	
Krisen und Kontrollverluste – Gelegenheitsstrukturen für Treiber autoritärer gesellschaftlicher Entwicklungspfade	251
Wilhelm Heitmeyer	
Von »Bollwerken« und »heiligen Grenzen«. Völkische und autoritäre Flüchtlingspolitik in Europa	281
Maximilian Pichl	

IV. Autoritäre Mentalitäten und Identitätspolitik

Dynamiken des Autoritarismus. Ein Essay	307
Oliver Decker	
Autoritäre Kulturidentitäten.	321
Volker Weiß	
Linke Identitätspolitik als Treiber autoritärer Entwicklungen	345
Bernd Stegemann	

V. Neue Rollenzuweisungen, affektive Narrative und mediale Politikvorstellungen

Stellt sich die Frauenfrage neu in autoritären Verhältnissen?	365
Birgit Sauer	
Versprechen auf Souveränität im autoritären Populismus. Eine feministische Kritik	389
Brigitte Bargetz & Nina Elena Eggers	

Mediale Unterhaltung und rechtsautoritäre Politikvorstellungen. Ein Beispiel: Der Sturm auf das Kapitol	415
Paula Diehl	

VI. Staat, repressive Instrumente und autoritäre Bewegungen

Leviathan mit Schnabelmaske. Zum Autoritarismus von Gefahrenabwehr- und Infektionsschutzrecht	439
Günter Frankenberg	
<i>Pegasus</i> . Die entgrenzte Überwachungsindustrie im Dienste des Autoritären	469
Kai Biermann	
Unter welchen Bedingungen entwickeln sich autoritäre soziale Bewegungen in westlichen Gesellschaften?	497
Dieter Rucht	
Autorinnen & Autoren	527

Vorwort

Treiber und Pfade autoritärer Entwicklungen im frühen 21. Jahrhundert sind das zentrale Thema dieses Buches. Es ist deshalb von höchster aktueller Bedeutung, weil sich, auch aufgrund zurückliegender und aktueller Krisen in den letzten beiden Jahrzehnten auch in westlichen Gesellschaften vermehrt autoritäre Versuchungen in Teilen der Bevölkerung sichtbar geworden sind. Zugleich haben sich autoritäre Bewegungen und Parteien in zahlreichen Ländern herausgebildet und an Einfluss gewonnen. Schließlich lassen sich in staatlichen Institutionen autoritäre Aktivitäten – auch jenseits der Grenzen des Legalen – nachweisen.

Zu verzeichnen sind gravierende Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien. Diese zu identifizieren und zu erklären sind das Ziel dieses Buches, das nur über mehr- und interdisziplinäre Zugänge erreicht werden kann. Deshalb sind unterschiedliche Forschungslinien des Autoritären und Fragen in diesem Band angelegt: Wie empirisch evident und nachhaltig sind die Erscheinungsweisen autoritärer Entwicklungen in modernen Gesellschaften? Welche historischen und ökonomischen Hintergründe tragen zur Erklärung der aktuellen Entwicklungsprozesse bei? Welche soziologischen, politik- und rechtswissenschaftlichen, sozialpsychologischen, philosophischen und medienwissenschaftlichen Erkenntnisse können herangezogen werden, um die diversen autoritären Mechanismen aufzudecken, die auf das gesellschaftliche Leben einwirken und auf Arbeitsbeziehungen und Geschlechterverhältnisse ausstrahlen? Auf Seiten von Regimen kommen die Mechanismen in Staatstechnik, Repression und Rhetorik zu Geltung, auf Seiten von sozialen Bewegungen in Agenden und Strategien, auf Seiten von Bevölkerungen in ihren Denkmustern, Handlungsorientierungen und Folgebereitschaften. Welche Entsprechungen gibt es in den verschiedenen Teilsystemen von Politik, Recht, Kultur, Medien, Bildung etc.? Wer bzw. welche Kräfte sind Treiber für autoritäre

Entwicklungsschübe: Sind es soziale, ökonomische oder politische Krisen, die Kontrollinteressen des Finanzkapitals oder Defizite der Demokratie?

Diese Fragestellungen lassen sich nur mit dem erwähnten interdisziplinären Bearbeitungsinteresse zugleich mit Blick auf internationale Vergleichsperspektiven erfolgversprechend untersuchen. Trotz aller analytischen Anstrengungen wird das Bild am Ende unvollständig bleiben. Die erwartbare Kritik werden wir annehmen.

Das gilt auch für die Ereignisse, die uns alle seit dem von Wladimir Putin befohlenen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine in Bann halten. Zum Zeitpunkt der diesen Band vorbereitenden Konferenz im September 2021 und in der Endphase der Erstellung der Manuskripte war nicht vorauszusehen, dass der russische Präsident einen verbrecherischen Krieg führen würde, der Grundzüge eines faschistischen Systems offenbart.

In diesem Band stehen die Treiber autoritärer Entwicklungen in pluralistischen Gesellschaften und modernen Demokratien im Zentrum. Zu diesen konnte weder die ehemalige Sowjetunion noch das heutige Russland jemals gezählt werden. Es war lange ein Gemeinplatz, dass Russland ein autoritärer Staat und eine autoritäre Gesellschaft sei. Dieser Gemeinplatz ist nunmehr nachzuschärfen. Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 gibt es zahlreiche Essays darüber, welches die vorausgegangenen und gegenwärtigen innerstaatlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen des Systems gewesen sein könnten, die die Realisierung dieses verbrecherischen Angriffskrieges vorangetrieben haben. Einige Autoren betonen den Übergang von einem autoritären zu einem totalitären Staat. Andere ordnen sie als Entwicklung von einer »Spin-Diktatur« zu einer repressiven polizeistaatlichen Diktatur ein. Auch der Übergang vom System des Putinismus in eine neue Form des Stalinismus wird beschrieben. Schließlich wird auch konstatiert, dass der Putinismus als System kein bloßer Autoritarismus sei, sondern purer Faschismus.

Zwar werden in einigen Beiträgen dieses Buches auch Bezüge zu den dramatischen Abläufen hergestellt, aber aus naheliegenden zeitlichen Gründen werden wir dazu keine fundierten eigenen Einschätzungen vorlegen können. Alle diese angedeuteten Überlegungen und Einordnungen werden in späteren Analysen zu fundieren sein.

In diesem Vorwort ist mehrfacher Dank auszusprechen. Im September 2021 hat eine vorbereitende Konferenz – dem Gegenstand angemessen – im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld stattgefunden. Unser Dank gilt der finanziellen Förderung durch das ZiF und die hervorragende Betreuung der Konferenz durch Marina Hoffmann. Zusätzlich ist Frerk Blome, Max Frankenberg und Ulrike Rogat zu danken, die dazu beigetragen haben, die Erstellung des Bandes inhaltlich und technisch zu bewältigen. Der Dank muss auch ausgeweitet werden auf die versammelten Autorinnen und Autoren, die nicht nur planmäßig ihre Beiträge abgeliefert, sondern auch die Kommentare der Herausgeber ertragen haben.

Frankfurt am Main & Bielefeld, Mai 2022

Günter Frankenberg & Wilhelm Heitmeyer

I.

Zur Theorie und Empirie des Autoritären

Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krisen

Günter Frankenberg & Wilhelm Heitmeyer¹

1. Der Fokus

Seit den Krisen der letzten beiden Jahrzehnte lassen sich in westlichen Gesellschaften *vermehrt* und *deutlicher* autoritäre Versuchungen registrieren, denen unterschiedliche Teile der Bevölkerung nachgegeben haben. Zugleich haben autoritäre Bewegungen, Parteien und Regime weltweit an politischem und kulturellem Einfluss gewonnen. Allerdings ist Autoritarismus eine Thematik und Problematik nicht nur von höchst aktueller Bedeutung, sondern meldet sich immer wieder, wenngleich weniger sichtbar und eher schleichend, außerhalb krisenhaft zugespitzter Situationen – wie zuletzt des im Februar und März 2022 vom russischen Diktator Putin gegen die Ukraine geführten Angriffskrieges – zu Wort, zum Beispiel im Prozess der Globalisierung, bei geregelten Arbeitskämpfen oder Verteilungskonflikten. Feststellen lassen sich sowohl offenliegende Facetten als auch verdeckte Spuren autoritärer Agenden, Bestrebungen und Einstellungen auf den Ebenen der strategischen Allianzen zwischen Organisationen (Staaten), von Gruppen als Akteuren in organisationellen Netzwerken (Parteien, Verbänden, Behörden) und der sozialen Interaktion von Akteuren innerhalb von Netzwerken (Familie, Arbeitsgruppen)².

Angesichts des weiten und unebenen Feldes von Autoritarismus und dessen länderspezifischen Ausprägungen begrenzen wir uns in diesem Buch auf Phänomene im rechtsautoritären und rechtsextremen Spektrum. Eine

1 Für die kritische Durchsicht einer früheren Fassung und konstruktive Hinweise danken wir Klaus Günther, Dieter Rucht, Tim Wolff und Michael Zürn.

2 Üblicher Weise wird eine Zuordnung der Organisationen, Akteure und Beziehungen zur Makro-, Meso- oder Mikro-Ebene vorgenommen (Baum 2005; siehe Rucht in diesem Band).

angemessene Ausweitung auf linksautoritäre Erscheinungsweisen würde den Rahmen dieser Konzeption sprengen, weil weit ausdifferenzierende Überlappungen zu besorgen und Unterscheidungen vorzunehmen wären.

2. Zeitgeschichtliche Problemskizze

Die autoritären Entwicklungen im 21. Jahrhundert kommen nicht aus dem Nichts.³ Sie lassen sich einbetten in zeithistorische und aktuelle Zusammenhänge. Von welchen zeithistorischen Räumen, Ereignissen, Prozessen und Akteuren können wir Aufklärungen über heutige Abläufe erwarten? Dazu an dieser Stelle nur wenige Hinweise. Die Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts als das »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1998) war geprägt von Gewalt, Kriegen und autoritären gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen Modernität und Barbarei miteinander verbunden waren (Miller/Soeffner 1996). Nach dem Zivilisationsbruch (Diner 1988) und dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sollte es auch in Deutschland lange dauern, bis sukzessiv eine pluralistische Gesellschaft und eine liberale Demokratie entstanden sind (vgl. Rensmann u.a. 2011), gefördert von den Strukturen und Bürgerrechten des neu geschaffenen Grundgesetzes und dessen »Einbürgerung« (Rödel u.a. 1989). Flankiert und abgesichert von den Entwicklungen im Rechtssystem, in den Medien, im Bildungssystem und von einem Wirtschaftssystem, in dem Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen über längere Zeiträume durch politische Interventionen »ausbalanciert« wurden.

Mehrere Entwicklungen haben zu Instabilitäten der Statik dieser Architektur beigetragen. Zum ersten ist der Zusammenbruch des kommunistischen Systems und damit der politisch stabilisierenden »Systemkonkurrenz« zu nennen. Im Westen führten diese zu euphorischen und ideologischen Aussagen vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992), die ihren Ausdruck in der angeblichen »Universalisierung der westlichen Demokratie als endgültiger Regierungsform des Menschen« (ebd.) fanden. Nach einem

³ Den Krieg des russischen Diktators Putin wird man wohl ausnehmen müssen, weil sich Expert:innen und Politiker:innen seit langem weitgehend einig waren, dass in Europa die Zeit der Angriffskriege (und damit auch der territorialen Landesverteidigung) vorbei sei. Siehe dazu Münkler, Herfried (2004), *Die neuen Kriege*, Reinbek; und die Beiträge in »Neue Kriege«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 35–36 (2016) m.w. Nachw.

Blick in die »posthumane Zukunft« (Fukuyama 2003) blieb freilich wenig vom »Ende der Geschichte«. Im Gegenteil steht seit einiger Zeit das Thema einer »neuen autoritären Systemkonkurrenz« auf der Tagesordnung. Sie ist eng mit der Frage verknüpft, wie die großen Zukunftsfragen, insbesondere Klimakrise, nachhaltiges Wachstum und eben Pandemien beantwortet werden können. Zugleich ist sie mit den autoritären Entwicklungspfaden von Gesellschaften, ihren Ökonomie- und Politiksystemen mitsamt den verfassungsmäßigen Verhältnissen von Freiheit und Sicherheit verbunden. Eine Chiffre dafür ist die Rede vom »chinesischen Jahrhundert« (Aust/Geiges 2012; Elsner 2020).

Zum zweiten veränderte sich die Architektur durch die rasante Beschleunigung und Expansion der ökonomischen Globalisierung, deren Ausweitung in den Bereich der Kultur sowie soziale Folgen für Gesellschaften und politische Systeme namentlich die parlamentarische Demokratie und den Primat der Politik beeinträchtigten. Die Umstellung auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik, ihre weitreichenden politischen De-Regulierungen und *Austerity*-Maßnahmen, wurden zum Treiber nachlassender Kontrollwirksamkeit demokratisch legitimierter Politik gegenüber einem anonymer werdenden globalen Finanzkapitalismus (vgl. Heitmeyer 2001). Kontrollgewinne und Landnahmen des Kapitals waren mit Kontrollverlusten von Politik, insbesondere nationalstaatlicher Version verbunden, und mit Prozessen, die als Privatisierung und Ökonomisierung nur ungenau beschrieben werden (Biebricher 2021). Markanter sind Aussagen, wie die des amerikanischen Soziologen Birnbaum (1997): Wo die Marktorthodoxie siegt, stirbt die Demokratie. Auf spannungsreiche Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Ökonomie, gesellschaftlicher Integration bzw. Desintegration und Demokratie im Zeitalter neoliberaler Globalisierung hat frühzeitig Dahrendorf (1997) hingewiesen. Er sprach von einer »Quadratur des Kreises«. Mit diesem Sprachbild ist in seiner Diktion gemeint, dass erhebliche Spannungen bestehen, erstens, zwischen der Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit in der rabiaten Konkurrenz der Weltwirtschaft zu erhalten, zweitens, die soziale Solidarität und den sozialen Zusammenhalt, also Integration zu sichern und, drittens, dies im Rahmen von Institutionen demokratischer Gesellschaften tun zu können. Die genannte Metapher führt zu der Frage, zu wessen Lasten die Entwicklung angesichts der »neuen« Kontrollverhältnisse ausfallen kann. Zumal dann, wenn immer weitere soziale Ungleichheiten sichtbar werden, die zentrale Grundwerte und das verbrieftete Selbstverständnis dieser Gesellschaft verletzen (Röhner 2019).

Daraus leitete Dahrendorf (1997a) die These ab: »Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert«.

Phänomene des Autoritären haben sich jedoch bereits im 20. Jahrhundert und lange davor ausgeprägt (Arendt 1951; Günther in diesem Band). Abweichend von Dahrendorfs Vorhersage und vergleichbaren Einschätzungen, wird dieses »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1998) eher den Menschenrechten und der liberalen Demokratie gutgeschrieben. Gleichwohl fehlt es nicht an empirischen Evidenzen, dass der politische Autoritarismus, getragen von sozialen Bewegungen, politischen Parteien und/oder (konsolidierten) Regimen, in den vergangenen 20 Jahren des 21. Jahrhunderts auf dem Vormarsch ist (Bank 2007; Heitmeyer 2018; Bertelsmann Stiftung 2018, 2020 und 2022; Lauth u.a. 2020; Schäfer/Zürn 2021: 24–58 und Zürn in diesem Band; International IDEA 2021; dazu auch Rensmann in diesem Band). Ganz gleich, ob »Renaissance des Autoritären« oder »demokratische Regression«, »neue autoritäre Internationale« oder »Globalisierung des Autoritarismus« oder aber die Kombination von »demokratischen, hybriden und autoritären Regimen« (so zuletzt International IDEA 2021) die Entwicklung zutreffend beschreibt, so ist unstrittig, dass die Bevölkerung in Autokratien von 2003 bis 2017 nach Schätzungen von 2,3 auf 3,3 Milliarden angewachsen ist und mehr als die Hälfte von weltweit 137 Staaten als Autokratien zu kennzeichnen sind (Bertelsmann Stiftung 2022; Heitmeyer 2018: 177–196; Diamond u.a. 2016). Nach dem BTI-Index der Bertelsmann Stiftung (2022) und den Daten von International IDEA haben autoritäre Regierungsmuster in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zugenommen und sind mehr »defekte Demokratien« (Merkel u.a. 2003 und 2006) zu Autokratien abgestiegen als zu funktionierenden Demokratien aufgestiegen. Demzufolge sind zahlreiche Autokratien deutlich repressiver geworden, während in vormalig gefestigt wirkenden Demokratien grundlegende Beteiligungsrechte und Rechtsstaatlichkeit angetastet werden. Der Trend weltweiter Erosion der Demokratiequalität bzw. »demokratischen Regression« (Schäfer/Zürn 2021: 24–58; vgl. auch Rensmann und Zürn in diesem Band) setzt sich demnach ungebrochen fort. Der apokalyptische Ton zahlreicher Publikationen zum Zustand und zur Zukunft der Demokratie ist analytisch wenig hilfreich, vermag freilich angesichts dieses Befundes kaum zu verwundern (u. a. Luce 2017; Levitsky/Ziblatt 2018; Mounk 2018).

Wenn hier als Analyse zu Treibern und Pfaden autoritärer Entwicklungen der Zeitrahmen des noch »jungen« 21. Jahrhunderts ausgewählt

wird, dann liegt es nahe, das »alte« 20. Jahrhundert mit heranzuziehen. Was zeichnet das Autoritäre im 21. Jahrhundert aus? Gibt es eine Modernisierung des Autoritären? In der Tat gibt es dafür zahlreiche Hinweise. Dazu müssen die Entwicklungen in den durch technische Revolutionen möglich gewordenen neuen Kommunikationsmedien herangezogen werden, die ganz neue, massenhaft wirksame Manipulations- und Mobilisierungsmöglichkeiten erschließen ebenso wie »Instrumente zur entgrenzten Repression« (Biermann in diesem Band). Auf diese Weise sind militarisierte Kampfverbände mit äußerlicher Uniformierung gar nicht mehr nötig, um schleichend neue, autoritäre Normalitätsstandards voranzutreiben. Auch die unverhüllten Ablehnungen des Verfassungsstaates, wie sie im 20. Jahrhundert durch ökonomische, intellektuelle und politische Eliten in einer offen brutalen Weise sichtbar waren, sind einer verdeckt ideologischen Flexibilität, wie etwa der Kommunikation und den Phantasien einer imaginären Gemeinschaft (Frankenberg 2020: 289–304) gewichen, die subtil die durch »Demokratieentleerung« (Heitmeyer 2001: 517 ff. und in diesem Band) entstandenen Leerräume ausfüllen kann. Politische Entfremdung und Vertrauensverluste in Teilen der Bevölkerung sind Magnete für autoritäre Angebote durch Bewegungen und Parteien.

Dabei haben sich autoritäre Entwicklungen auf den »Schattenseiten der Globalisierung« (Loch/Heitmeyer 2001; Dörre in diesem Band) schon länger angedeutet. In einigen der von uns aufgeführten Staaten mit autoritären Entwicklungen bzw. bereits vorhandenen Regierungen ist ein Faktor besonders auffällig. Es ist das Stadt-Land Gefälle.

Trump hat 2016 vor allem in den abgehängten ländlichen Gebieten des Mittleren Westens mit den darniederliegenden Kohle- und Stahlrevieren in ländlichen Gebieten große Stimmengewinne erzielt, während Hillary Clinton mit der Arroganz der Ostküsten-Elite die Gebiete und ihre Menschen als »basket of deplorables«⁴ herabgewürdigt hatte. In Großbritannien mit Strukturen enormer Ungleichheit haben 2016 vor allem jene Briten den Brexit herbeivotiert, die auf dem Lande bzw. in Kleinstädten wohnten.

In Ungarn ist der große Wahlsieg von Orban in den Wahlen zur Nationalversammlung in 2022 vor allem durch die Landbevölkerung erzielt worden.

4 <https://time.com/4486502/hillary-clinton-basket-of-deplorables-transcript/>
26.04.2022).

(Zugriff:

In ähnlicher Weise hat es in Polen funktioniert, wo die regierende PiS-Partei auf dem Lande groß geworden ist und gegen »die in Warschau« in Stellung gebracht worden sind unter Mithilfe der katholischen Kirche.

Im zentralistischen, ganz auf Paris zugeschnittenen politischen System Frankreichs hat auch die Landbevölkerung bzw. haben die von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Regionen in der ersten Wahlrunde 2022 den rechtsextremistischen Kandidat:innen Marine Le Pen und Eric Zemmour erhebliche Stimmenzuwächse im Vergleich zu 2017 beschert. Wobei Zemmour vor allem zusätzlich in Städten mit reichen Stadtvierteln, also wo die Oberschicht wohnt, besondere Stimmengewinne (in Relation zu seinem Gesamtergebnis) verzeichnen konnte. In der Stichwahl fand Le Pen den Hauptteil ihrer Anhängerschaft in ländlichen Gebieten. Die Zeitleiste hinsichtlich der Stimmenzuwächse von Le Pen ist bedenklich: 2012 hatte sie 18 Prozent, 2017 dann 34 Prozent und 2022 schließlich 41,5 Prozent der Wahlstimmen. Was lässt das für die nächste Präsidentenwahl 2027 erwarten?

In den hier aufgeführten Ländern ist die Spaltung von Stadt und Land besonders ausgeprägt. Für Deutschland ist das Bild komplexer und einfacher zugleich, wenn man sich die sozialgeografische Struktur ansieht. In Westdeutschland gibt es diese scharfe Trennung nicht, gleichwohl einige abgehängte Gebiete wie z. B. in der Westpfalz. Anders sieht die sozialgeografische Struktur in Ostdeutschland aus. Dort dominieren kleine Gemeinden und Kleinstädten. In der Logik bisher aufgeführter Gesellschaften mit den politischen Folgen bei scharfen Stadt-Land-Unterschieden des materiellen Wohlstands, der Teilhabechancen an gesellschaftlichen Gütern, sozialen Anerkennungen, Zukunftsaussichten etc. überrascht es nicht, dass in Ostdeutschland ebenfalls der Autoritäre Nationalradikalismus der AfD besondere Erfolge feiert.

Selbst wenn unterschiedliche Traditionen solchen Wahlverhaltens berücksichtigt werden, ragt doch immer wieder der Faktor *soziale Ungleichheit* heraus mit den Folgen *gesellschaftlicher Desintegration*, die autoritäre politische Angebote vorantreiben. Da immer soziale Vergleichsprozesse mit anderen sozialen Gruppen in der Gesellschaft ablaufen, um den eigenen sozialen Status – und damit die Anerkennungen – einzuordnen, entstehen durch diese massiven Stadt-Land-Unterschiede dann die Wahrnehmungen *relativer Deprivation*, also im Vergleich zu anderen Gruppen. Diese Gefühle der Benachteiligung werden als Ungerechtigkeit empfunden. Sie sind enorm mobilisierbar, wenn Schuldzuschreibungen verfügbar sind. Empi-

rische Untersuchungen mit der *Relative Deprivation Theory* (Runciman 1966) zeigen immer wieder vor allem die Wut in Richtung der Abwertung und Diskriminierung bestimmter Gruppen. Diese Situation wird durch die interessierten rechtsautoritären Bewegungen und Parteien instrumentalisiert. In der Regel in zwei Richtungen. Gegen Migranten und Geflüchtete auf dem Lande einerseits und gegen herrschende Eliten in den Metropolen andererseits. Die Motivationen und Parolen sind länderspezifisch unterschiedlich: »Make America Great Again«, »Take Control Back«, »Wir holen uns unser Land zurück« usw. Die Beispiele zeigen wie gefährlich sich solche Stadt-Land Unterschiede in eine autoritäre Richtung auswirken können, wenn über soziale Ungleichheit dann auch politische Desintegrationsprozesse um sich greifen.

3. Profile des Autoritären

Demokratieentleerung und demokratische Regression gehören zu den vielfältigen Phänomenen, die in der Rubrik von Demokratie und Rechtsstaat als Praktiken der Korruption oder institutionelle Defekte, als deviante Formen oder defizitäre Institutionalisierungen, als Verfallserscheinungen der Repräsentation oder pathologische Symptome der Partizipation registriert werden (Postdemokratie, simulative Demokratie, Bewegungsdemokratie etc.). Sie erstrecken sich über einen weiten Horizont (Crouch 2010 und 2021; Brown 2015; Przeworski 2020; Vorländer 2021; Demokratieindex 2020). Konzeptionell aufbereitet und theoretisch gedeutet werden diese Phänomene – im Großen und Ganzen – in drei, nicht immer leicht voneinander abzugrenzenden Lagern mit beachtlichen gemeinsamen Schnittmengen. Protagonisten dieser Lager tragen die derzeit wohl prägenden Demarkationslinien in die Topographie des Autoritären ein.⁵ Zu kennzeichnen sind hier (in der vom Format einer Einleitung gebotenen Kürze) die Profile von Populismus, Illiberalismus und, vom Thema dieses Buches nahegelegt,

⁵ Ebenso divers wie ihre Perspektiven ist ihr Echo auf die klassische Formel, als Demagoge beginne, wer als Tyrann ende. »History will teach us ... that of those men who have overturned the liberties of republics, the greatest number have begun their career by paying an obsequious court to the people; commencing demagogues, and ending tyrants.« (Alexander Hamilton, *The Federalist Papers* 1787, No. 1). Dazu Frantz 2018; Sajó 2021; F. Decker 2021; Applebaum 2021; Kauth/King 2021; Lührmann/Hellmeier 2020 u.v.m.

Autoritarismus. Allesamt beanspruchen sie, nicht im Verbund, sondern jedes für sich, die Deutungshoheit über die eingangs benannten Phänomene, die als »globaler Rückzug der Demokratie« oder »retreat of western liberalism« (Luce 2017), als »third wave of autocratisation« oder »Renaissance des Autoritarismus« (Frantz 2018; Przeworski 2020; Lührmann/Hellmeier 2020) hochgerechnet werden. Je nach theoretischer Perspektive werden diese Trends zurückgeführt auf politische Krisen und nationale »Ermüdungsbrüche«⁶ in den Strukturen von Demokratie, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat, auf Zeichen der »Demokratieentleerung« oder eine dramatische Schwäche von Demokratie als Regierungs- und Lebensform, oder auf ökonomische und soziale Krisentendenzen, wie kapitalistische Landnahmen und Kontrollverluste, oder aber die Folgen der Globalisierung (Zürn 2018; Butterwegge/Hentges u.a. 2006). Ob politisch-institutionell enggeführt oder weiter ökonomisch und sozial ausgreifend, werden ganz überwiegend *Krisen* oder *Notlagen* dafür haftbar gemacht, dass sie insgesamt neue qualitative Formen und Bewegungen des politischen Autoritarismus hervortreiben. Darauf ist zurückzukommen (siehe Kap. 7).

Zunächst bedarf die Zunahme autoritärer Regime, Bestrebungen⁷ und Einstellungen konzeptioneller Aufklärungen. Das Augenmerk richtet sich in dieser Einleitung also vorweg darauf, ob und inwieweit das Vokabular und die Deutungen, die vor allem von Populismus, Illiberalismus und Autoritarismus vorgelegt werden⁸, den spezifischen Programmen und Ideologien, Haltungen und Praktiken des Autoritären Rechnung tragen, wie sie angesichts der Vielfalt der Phänomene die auf der Hand liegenden Definitionsschwierigkeiten lösen und plausible Abgrenzungen einführen.

⁶ Von Ermüdungsbrüchen (und Verwerfungen) ist in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften seit geraumer Zeit die Rede; e.g. Süß, Winfried (2006), »Ermüdungsbrüche im Wohlfahrtsstaat«, in: *Zeithistorische Forschungen*, Jg. 3, S. 470–474; Offe, Claus (1972), *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt am Main; ders. (2007), »Der bedrängte Wohlfahrtsstaat«, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 47, 95 ff.; H. Christ, *Handelsblatt* v. 26.12.2019.

⁷ Ausführlich zu Begriff und Erscheinungsformen der Bestrebungen Rucht in diesem Band. Zuletzt berichtete *Der Spiegel* v. 10.02.2022, gestützt auf den Demokratieindex der britischen »Economist Intelligence Unit« (EIU): »Nur noch 45 Prozent der Weltbevölkerung leben in einer Demokratie« – (Zugriff: 12.02.2022) <https://www.spiegel.de/ausland/nur-noch-45-prozent-der-weltbevoelkerung-lebt-in-einer-demokratie-a-97ec1d36-6bff-4212-b10a-8bc316570158/>.

⁸ Natascha Strobl hat den »radikalisierten Konservatismus« als weiteres Konzept in die Diskussion gebracht (Strobl 2021 und in diesem Band).

3.1 Populismus

Seit über zwei Jahrzehnten eingerichtet und ausgeübt, vermag der Deutungsbetrieb des Populismus auch nach ebenso eingehenden wie eindrucksvollen empirischen Studien populistischer Bewegungen und Parteien sowie den Analysen von Strukturen und Leitideen (e.g. Canovan 1981; De la Torre 2015; Moffitt 2016; Mudde/Kaltwasser 2017; Priester 2017; Vorländer 2011; Schäfer/Zürn 2021: 59–88; Möller 2022) kein wirklich konsentiertes Interpretationsmuster anzubieten. Zu denken wäre zum Beispiel an die begriffsnahen Kombination von einer populären Programmatik mit der Berufung auf die imaginierte Gemeinschaft des Volkes (Anderson 2005) als Legitimationsquelle. Verbreitet sind jedoch überwiegend kontroverse, defintorische Versatzstücke von Populismus. Sie konturieren eine politische Grundhaltung, die in radikaler Opposition zu den herrschenden Eliten in Politik, Ökonomie, Kultur und Gesellschaft für sich selbst reklamiert, den authentischen Volkswillen zu erkennen und zu vertreten (Nabers/Stengel 2017; F. Decker 2021; Müller 2016; Mudde/Kaltwasser 2019; Zürn 2018; Diehl 2020 und in diesem Band), oder auch ein manichäisches Weltbild, das vom wahren, tugendhaften Volk und dem selbstsüchtigen Establishment, anderswo: den Oligarchen bevölkert wird, meist unerkannt ein hintergründiges Echo der Robbespierre'sche These vom anständigen Volk und korrupten Magistrat.⁹

Gleichwohl bleibt Populismus, angetrieben zum einen von den an konzeptioneller Präzision kaum interessierten Medien, zum anderen von der auf die Wiederholung des vielfach Gesagten eingestellten politischen Klasse weiterhin ein populärer, wenngleich höchst unbestimmter Begriff. Auch den Sozialwissenschaften ist es nicht durchgreifend gelungen, den Phänomenen, die sich hinter dem kollektiven Singular verbergen, trotz gründlicher Forschung und vertiefter Diskussion ein scharfes Profil abzugewinnen. Als semantischer Schirm lässt sich Populismus ebenso über demokratiefördernde (*inclusionary*) wie die Demokratie unterminierende (*exclusionary*) Bewegungen und Regime, über Bewegungen und Bestrebungen am eher rechten oder eher linken Rand oder auch im Zentrum des herkömmlichen

⁹ »Tout institution qui ne suppose pas le peuple bon et le magistrat corruptible est vicieuse.« Source: Art. XIX der von Robbespierre 1793 vorgeschlagenen Erklärung der Menschenrechte, <https://quotepark.com/quotes/1758708-maximilien-robespierre-any-institution-which-does-not-suppose-the-people/> (Zugriff: 01.03.2022).

politischen Koordinatensystems spannen.¹⁰ Unter diesem Schirm versammeln sich (in dem kaum überschaubaren Publikationsfeld) Demagogen und Tyrannen, rassistische und ethnozentrische, fremden- und frauenfeindliche, homophobe, populäre und unpopuläre Staats- und Regierungschefs und Gruppierungen.

Im, wie es scheint, stetig anschwellenden Populismus-Diskurs vermisst man bisweilen auch die Bereitschaft, die Grammatik des Populismus schärfer auf die unterschiedlichen politischen Ebenen, Verwendungskontexte und Konjunkturen einzustellen. Zu differenzieren wären zunächst Bewegungen, Parteien und Regime, weil zu vermuten ist, dass oppositionelle Lebenswelten, Parteiorganisation und Regierungsverantwortung unterschiedliche Formen populistischer Programmatik ausprägen. So wird Populismus zwar in das politische Koordinatensystem eingeordnet, meist als Rechts- oder Linkspopulismus, wenig trennscharf werden jedoch die Praxisformen angesprochen. Deutlicher zu kontrastieren, wenngleich nicht hierauf zu reduzieren (Priester 2011 und 2017; Norris/Inglehart 2019), wären demnach: Populismus als Stil der Mobilisierung, der auf marginalisierte Gruppen abzielt (wie der frühe Peronismus, *Chavismo* oder *Podemos* in Spanien) und in eine machiavellistische Strategie zur Erlangung oder Verteidigung der Macht übergehen kann (beispielhaft: die dänische »Volkspartei«, die Schweizer Volkspartei, *Fidesz* in Ungarn, das *Rassemblement National*, die *Lega* in Italien, die »Alternative für Deutschland« oder auch Trumps Wahlkampagnen). Unterstützt wird diese Praxis von einer zu häufig als populistisch etikettierten Rhetorik und wie auch immer schlichten, aber einflussreichen Weltdeutungen, die darauf angelegt sind, Ressentiments (gegen Eliten, »das System«, Minderheiten, Fremde, die »Lügenpresse« usw.) zu aktivieren, um eine imaginäre, kollektive Identität im Phantasma des authentischen Volkes bzw. der Nation zu beschwören.

Es ist auffällig, dass die diversen Spielarten des Populismus, die sich grob kennzeichnen lassen als entweder gefährliche oder aber positiv korrigierende Abweichungen von demokratischer »Normalität«¹¹, ganz überwiegend ohne einen Begriff von der Verfassung operieren und daher meist freihändig »Rechte« des Volkes einfordern – letzteres verbunden in substanzialer Einheit, nicht durch Gesellschaftsvertrag. Diese Rechte fungieren nicht als

¹⁰ Instruktiv die von Möller (2022) zusammengestellten »Schlüsseltexte« zum Populismus.

¹¹ Das Verständnis von »Normalität« lässt sich den Kriterien entnehmen, die Umfragen und Indizes zugrunde gelegt werden.

Abwehrrechte gegen gesetzwidrige, staatliche Übergriffe, sondern als Äußerungen einer die Politik überwindenden »Souveränität« des imaginierten Gemeinwillens bzw. der (in Protesten situativ und selektiv beschworenen) Nation und als Absage an rechtsstaatliche Institutionen. Das gilt insbesondere für den im Populismus-Diskurs durch besonders häufigen Gebrauch herausragenden Rechtspopulismus, dem keine einheitliche Definition zugeschrieben wird, der vielfach jedoch als Form des Autoritarismus mit »dünner Ideologie« und Vergangenheitsorientierung firmiert. Der vielfach vertretenen These von der dünnen Ideologie ist entgegenzuhalten, dass populistische (oder genauer: autoritäre) Bestrebungen sich nicht nur durch ihren Politikstil und auf Machterwerb zielende Strategien auszeichnen, sondern durch ein »Set von Ideen« und ein »spezifische[s] Politik- und Demokratieverständnis« (Schäfer/Zürn 2021: 64–73; Zürn in diesem Band) bzw. ein Muster zur Deutung der gesellschaftlichen Wirklichkeit anbieten, das sich nicht auf die Kritik an Eliten und demokratischer Repräsentation beschränkt (Frankenberg 2020: 85–91; Urbinati 2019: 49–51). Mit Robbespierres Dichotomie von Volk und Magistrat ist es also nicht mehr getan. Mit der ideologischen Kombination und politischen Handlungsagenda von Antielitismus und Antipluralismus, einer Kultur der unmittelbaren Kommunikation, einem xenophoben Nationalismus und dem Phantasma imaginärer Gemeinschaftlichkeit entfernt sich die Beschreibung des Populismus weit von demokratischen *grass roots* und nimmt die Deutungsangebote aus dem Lager des Autoritarismus an.

Nach einer Reihe von Umfragen und Studien, die unter anderem in einer Meta-Studie der Cambridge University ausgewertet wurden,¹² lässt sich ein Rückgang an Unterstützung für die Demokratie – in Deutschland, Österreich, der Schweiz, in südeuropäischen Ländern und in sogenannten »heranreifenden Demokratien« Lateinamerikas – verzeichnen. Während hierzulande die Leistungsfähigkeit der Demokratie als Regierungs- und Lebensform bezweifelt wird, ist anderswo die demokratische Euphorie der Übergangsjahre verblasst und zugleich bleiben die ungelösten Herausforderungen durch Korruption, Konflikte zwischen Gruppen und städtische Gewalt.

12 Studie des Centre for the Future of Democracy (Cambridge University), *The Great Reset: Public Opinion, Populism and the Pandemic*, Januar 2022 (Zugriff: 19.03.2022), https://www.bennettinstitute.cam.ac.uk/media/uploads/files/The_Great_Reset.pdf/ und dazu DW v. 28.01.2022, »Die Entzauberung der Demokratie« (Zugriff: 25.02.2022) - <https://www.dw.com/de/die-entzauberung-der-demokratie/a-52219911>.

Nur auf den ersten Blick paradox erscheint, dass mit der steigenden Unzufriedenheit mit der demokratischen Regierungsform seit Beginn der Pandemie zugleich die Umfragewerte für populistische Führer und Parteien sinken und sie Wahlen verlieren.¹³

3.2 Illiberalismus

Im Vergleich zum Populismus-Crescendo kommt der »Illiberalismus«-Diskurs auf leisen Sohlen daher. Das mag daran liegen, dass seine Verbreitung ein wenig jüngeren Datums ist und sich wohl deshalb seiner akademischen Position und Reputation noch versichern muss. Ein Artikel von Fareed Zakaria zur »illiberalen Demokratie« gilt weithin als Publikation, welche die aktuelle Debatte eröffnete.¹⁴ Sie signalisierte eine im Verhältnis zum Populismus gewandelte, nun auf die Verfassung bezogene Problemwahrnehmung. Zakaria beobachtete, dass demokratisch gewählte Regime routinemäßig die verfassungsmäßigen Grenzen ihrer Macht ignorieren und die Bürgerschaft ihrer Grundrechte und Freiheiten berauben (Zakaria 1997: 22). Inzwischen werden bei den methodisch sehr verschiedenen Vermessungen der (autoritären) Welt von Governance und Demokratie etwa achtzig illiberale Demokratien gezählt, deren Zuordnung sich je nach ihrer Entwicklung (und der Forschungsperspektive) hin zur Kategorie der »schwachen« oder »defizienten« Demokratien, der »harten« oder »moderaten« Autokratien oder der »backsliding countries« verschieben kann (Bertelsmann 2020; International IDEA 2021; Lauth u.a. 2020 – Demokratiematrix). In der Politikwissenschaft wurde mit der Theorie und Regionalanalyse »defekter Demokratien« der Akzent etwas anders gesetzt (Merkel 1999; Merkel u.a. 2003 und 2006). Ausgehend vom normativ anspruchsvollen Konzept einer institutionell »eingebetteten Demokratie« untersuchen Autor:innen die Funktions- und Stabilitätsbedingungen demokratischer Systeme (beginnend mit ehemals staatssozialistischen Staaten), um sodann deren Defekte zu identifizie-

13 Sinkende Umfragewerte verzeichnen zum Beispiel die weithin als »Populisten« geführten Donald Trump, Jair Bolsonaro, Viktor Orbán, Recep Tayyip Erdoğan, Andrej Babiš, Boris Johnson und Andrés Manuel López Obrador (Mexiko). Die (Wieder-) Wahl verloren Benjamin Netanjahu, und in Chile José Antonio Kast. Nachweise: Centre for the Future of Democracy, *The Great Reset*, S. 16.

14 Im Unterschied zu »Illiberalismus« ist der Begriff »illiberal« nicht neu. Vgl. etwa Hugo von Hofmannsthal (1979) »Der Dichter und diese Zeit« [1906], in: *Gesammelte Werke I*, Frankfurt am Main, S. 54.

ren. Die Kennzeichen solcher Defekte *in puncto* Gewaltenteilung, politischen Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit begründeten dann die Qualifizierung als »illiberal«.

Während der in die Jahre gekommene, in der akademischen Welt etablierte und von den Medien unterstützte Populismus dem Sturm immer neuer Kategorien gelassen entgegensehen kann, wird der Illiberalismus seinen Status und sein Forschungsgebiet noch verteidigen müssen. Dass der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in seiner Băile-Tușnad-Rede 2014 die Agenda des Aufbaus eines »illiberalen Staates« innerhalb der Europäischen Union propagierte und 2022 mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, dürfte die akademische Karriere der Kategorie nicht fördern. Mit einer Reihe aktueller Veröffentlichungen und dem *Journal of Illiberalism Studies* könnte die Diskussion über Illiberalismus allerdings nunmehr an Fahrt, allerdings auch an Deutungsvielfalt gewinnen (Lührmann/Hellmeier 2020; Kauth/King 2021).

Das Routledge Handbook on Illiberalism (Sajó u.a. 2022) vereinigt in seinen über 60 Beiträgen eine beachtliche Pluralität von Theorieperspektiven und eindrucksvolle Diversität illiberaler Phänomene von der Theokratie bis zu Militärregimen, von elektiven Demokratien bis hin zu solchen, die sich auf bonapartistische Referenden stützen. Ohne Zweifel werden diese ein facettenreicheres, allerdings auch unübersichtlicheres Bild des Illiberalismus präsentieren, zumal kein geschlossener Theorieentwurf sie zu einem Paradigma zusammenfügt. Gleichsam im Vorlauf hat einer der Herausgeber, András Sajó, mit »Ruling by Cheating« eine konzentrierte Vorstellung und engagierte Verteidigung der Problembezeichnung vorgelegt (Sajó 2021). Er untersucht die Verfassungsstrukturen illiberaler Demokratien sowie illiberale Phänomene in »reifen«, konsolidierten Demokratien (eine Unterscheidung, die nicht wirklich streng durchgehalten wird) und versucht zu zeigen, dass der globale Trend hin zu einem »milden Despotismus« nicht als Autoritarismus zu kennzeichnen ist, sondern als Missbrauch des Konstitutionalismus. Ganz offensichtlich hat Sajó das Orbán-Regime in Ungarn und Polen unter der Dominanz von Jarosław Kaczyński vor Augen, wohl auch Jair Bolsonaro in Brasilien. Seine These eines konservativen, plebejischen und patriotischen Verfassungsstaates inklusive Elementen von Rechtsstaatlichkeit versucht er im Übrigen auch an »illiberalen Demokratien« in Lateinamerika (insbesondere am *Chavismo* in Venezuela) zu validieren.

Das Definitionsproblem aller Verfechter des Illiberalismus als einer plausiblen Deutungskategorie ist offensichtlich: Sie müssen sich die Frage

stellen, wie man die systematisch verbundenen Zwillinge des Liberalen und Illiberalen trennen und den Illiberalismus analytisch freistehend zum Gegenstand von Analyse und Kritik machen kann. Man ist versucht, sich an die ungleichen Brüder Kain und Abel in der biblischen Schöpfungsgeschichte zu erinnern, die bekanntlich für beide keinen guten Ausgang nahm. Kain wäre gleichsam der Repräsentant des dunklen »Illiberalismus«, auf den immer schon Abels (liberaler) Glanz des Guten einen düsteren Schatten wirft. Der Politikwissenschaftler Thomas J. Main definiert Illiberalismus als grundlegende Ablehnung des Liberalismus aufgrund der Absage an demokratische Wahlen, Rechtsstaat (rule of law), Menschenrechte und Toleranz (Main 2022), womit sich Illiberalismus freilich kaum vom Autoritarismus abgrenzt. Zudem ruft Main auch den rassistischen *Ku-Klux-Klan*, die reaktionären Bewegungen von *Alt-Right* und *Dark Enlightenment* als Kronzeugen und Verfechter des Illiberalen auf, die sich allerdings kaum einheitlich als falsche Propheten kennzeichnen lassen. Sie finden ihre Einheit eher darin, dass (und soweit) sie faschistischen Versuchungen nachgeben. Eine überzeugendere Lösung präsentiert Marlène Laruelle, die das begriffliche Feld ordnet, indem sie mehrere ideologische Komponenten des Illiberalismus hervorhebt: insbesondere das Update konservativer Ansichten (Nationalismus), die Aktualisierung rechtsextremer Ideologien (der Glaube an die Metapolitik) und die verschärfte Kritik an oder vielmehr Polemik gegen Elemente des politischen Liberalismus (Antiparlamentarismus, Kritik an Minderheitenrechten). Darüber hinaus entfernt sich Marlène Laruelle weiter von der Etikettierung, indem sie »verschiedene semantische Räume« ausmacht, in denen der Begriff »illiberal« operationalisiert wird oder werden kann: »die Welt der Politik/Think Tanks, die politische Sphäre und die akademischen Bereiche«. ¹⁵

Fehlt der toxischen, politischen Ideologie und Praxis des Illiberalismus nicht gerade das, was eine einigermaßen funktionierende, rechtsstaatliche Demokratie auszeichnet: politische Freiheiten, Gewaltenteilung und rechtsstaatliche Institutionen und Verfahren, wie vor allem eine unabhängige Justiz? Träfe das zu, dann wäre »illiberale Demokratie« am Ende keine Alternative, sondern eben doch ein Oxymoron (Lührmann/Hellmeier 2020) und Nachklang von Francis Fukuyamas irrtümlich angenommenem Ende der Geschichte. In der Tat verdankt Illiberalismus seine Existenz als

15 Laruelle, Marlène (2021), »Illiberalism: A Conceptual Introduction« – (Zugriff: 01.03.2022), <https://www.illiberalism.org/illiberalism-conceptual-introduction/>.

Kategorie, die sich bei der Analyse politischer Herrschaft bewähren soll, in nahezu allen einschlägigen Studien einer Kombination von vier Faktoren. Diese sind, erstens, die formalistische Reduktion von Demokratie auf Wahlen; zweitens, die Entkoppelung einer derartigen Wahl-Demokratie von nennenswerten, grundrechtlichen und institutionellen Voraussetzungen (insbesondere Freiheit und Gleichheit der Wahl, Minderheitenschutz und nachgehende gerichtliche Kontrolle); drittens, die Kritik an liberalen Freiheitskonzepten und -rechten wegen ihres angeblich hypertrophen Individualismus und Schutzes von Minderheiten und ihren »dekadenten« Lebensformen; viertens, die kontrafaktische (Selbst-) Etikettierung »illiberaler« Regime als irgendwie doch demokratisch.

In der wissenschaftlichen Debatte wird diese Faktorkombination durchweg als Missbrauch von Demokratie bezeichnet, der vor allem darin bestehe, dass die für alle geltenden Regeln von der Regierung nicht eingehalten werden, dass vor allem die Änderung der Regeln nicht nach den dafür wiederum vorgesehenen Regeln geschehe (Sajó 2021 unter Verweis auf Dahl 1971). Die Regeln sind nicht als Regeln *in abstracto* von Bedeutung, sondern weil sie die Verantwortlichkeit der Regierung, ihre Begrenzung und gerichtliche Kontrolle gewährleisten (Przeworski 1995; O'Donnell 2004; Lührmann u.a. 2018; Sajó 2021). Als aktuelle Beispiele »illiberaler Demokratien« werden außer den bereits genannten Orbán und Kaczynski auch die Regierungspraxis von Erdoğan (Türkei), Fujimori (Peru), Evo Morales (Bolivien), Bolsonaro (Brasilien), Chávez (Venezuela) und Trump (USA) herangezogen.

Diese disparaten Fallbeispiele wie auch die diversen Definitionen von Illiberalität geben zu erkennen, warum sich das Konzept der »illiberalen Demokratie« gegenüber alternativen Angeboten wie Semi- oder Pseudo-Demokratie, verkürzte oder defekte Demokratie, hybride Demokratie oder »weiche Autokratie« (Levitsky/Way 2002) nicht ohne erhebliche Schwierigkeit profilieren lässt. Im Kern fordert die Kritik des politischen Illiberalismus primär die wesentlichen Elemente von (an westlichen Modellen orientierter) Rechtsstaatlichkeit und von Freiheitsrechten ein und richtet den Fokus auf die politischen Spielregeln (Gesetze). Diese werden, so das zentrale Argument, von Amtsträgern und Regimen verletzt, die zwar vorgeben, eine Regel zu befolgen, sie aber brechen oder umgehen, um sich unverdiente Vorteile zu verschaffen (Sajó 2021). Nur vermittelt kommen (demokratische) Partizipation und Repräsentation, Kommunikation und Öffentlichkeit ins Bild. Von einer Analyse »illiberaler Demokratien« wären gerade hierzu Aussagen zu erwarten.